

LEHRSTUHL BWL, INSB. BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHE STEUERLEHRE

Universitätsplatz 2, 39106 Magdeburg
Tel. +49 (0)391 67 18811, Fax +49 (0)391 67 11142

1. Leitung

Prof. Dr. Harald Jansen (LS-Vertreter bis März 2009)
Prof. Dr. Sebastian Schanz (LS-Vertreter seit Oktober 2009)
Lehrstuhl sei Oktober 2008 vakant.

2. Hochschullehrer

Prof. Dr. Harald Jansen
Prof. Dr. Sebastian Schanz

3. Forschungsprojekte

Projektleiter: PD Dr. Harald Jansen
Projektbearbeiter: PD Dr. Harald Jansen
Förderer: Haushalt; 01.04.2008 - 31.03.2009

Asymmetric Taxation and Reporting Conventions

Der Zusammenhang zwischen Regeln der externen Rechnungslegung und solchen der Besteuerung birgt noch viele bislang kaum untersuchte Probleme (vgl. aber Jansen 2008, FEMM). So beeinflussen die Möglichkeiten zur Verlustverrechnung auch über die Gewinnermittlungsregeln die Steuerlasten international agierender Konzerne. Eine Einschränkung dieser Möglichkeiten erfolgt häufig, um die Erosion der nationalen Steuerbasis zu verhindern, führt aber andererseits häufig zu Verzerrungen von Investitionsentscheidungen. Dieses Spannungsfeld ist längst noch nicht abschließend untersucht, zumal der Einfluss der externen Rechnungslegung auf diese Problematik bislang weitestgehend vernachlässigt wird. Gleichzeitig wird der Einfluss von Rechnungslegungsstandards auf die steuerliche Bemessungsgrundlage aber durch ... mehr

Projektleiter: PD Dr. Harald Jansen
Projektbearbeiter: Dipl.-Kfm. Maik Dietrich
Förderer: Haushalt; 18.04.2006 - 31.03.2009

Investitionsentscheidungen in Kapitalgesellschaften

Wenn ein Steuersystem von fehlender Entscheidungsneutralität geprägt wird, ist es unumgänglich, Steuern in Entscheidungskalküle zu integrieren. Nur so ist sichergestellt, dass die für den Investor nach Steuern optimale Entscheidung getroffen wird. Der Kapitalwert nach Steuern gilt in der betriebswirtschaftlichen Steuerplanung seit langen als Standardmodell für Investitionsentscheidungen eines einkommenssteuerpflichtigen Investors. Soll jedoch über eine Investition in einer eignerdominierten Kapitalgesellschaft entschieden werden, so ist das Standardmodell insofern zu überdenken, als die Steuerwirkungen nun auf zwei Ebenen auftreten: in der selbständig steuerpflichtigen Kapitalgesellschaft und bei deren einkommensteuerpflichtigen Eignern.

Projektleiter: PD Dr. Harald Jansen
Projektbearbeiter: Dipl.-Kfm. Maik Dietrich
Kooperationen: Dipl.-Kff. Kristin Schönemann
Förderer: Haushalt; 01.04.2008 - 31.03.2009

Private Altersvorsorge als Investitionsentscheidung

Die staatlich geförderte und nachgelagert besteuerte Riester-Rente konkurriert als Vehikel der privaten Altersvorsorge mit alternativen Anlageformen. Aufgrund unterschiedlicher steuerlicher Behandlung dieser Alternativen ist die Optimale zu identifizieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Riester-Kapital ebenfalls zum Erwerb einer eigengenutzten Immobilie eingesetzt werden kann. Für den Anleger stellt sich damit die Frage, ob das integrierte Zwischenentnahmestrukturmodell oder aber das Eigenheimrentenmodell eine sinnvolle Alternative zu Eigen- bzw. Fremdkapital darstellt und ob die Spartenentscheidung von der Investitionsentscheidung separierbar ist.

Projektleiter: PD Dr. Harald Jansen
Projektbearbeiter: PD Dr. Harald Jansen
Förderer: Haushalt; 01.04.2008 - 31.03.2009

Taxation and Non-Profit Organisations

Bislang ist die betriebswirtschaftliche Steuerlehre zumindest im Bereich der Wirkungsanalyse weitgehend auf finanzielle Zielvorgaben der Entscheider beschränkt. Dies wird durch die Annahme der Gewinnmaximierung konkretisiert. Non-Profit Organisationen werden in der betriebswirtschaftlichen Steuerlehre bislang kaum untersucht (vgl. aber Wagner/Walz (1997), Jansen/Gröning (2003)). Hierunter fallen beispielsweise die Entscheidung zur Vermögensübertragung auf gemeinnützige Stiftungen oder auch Finanzierungsentscheidungen für die Übernahme öffentlicher Aufgaben, so generieren Public Private Partnerships eigene Steuerarbitragemöglichkeiten. Die für private Unternehmen theoretisch unterstellten Zielgrößen bilden das Problem häufig nicht richtig ab, denn Non-Profit Organisationen erzielen ... mehr

Projektleiter: PD Dr. Harald Jansen
Projektbearbeiter: Dipl.-Kfm. Maik Dietrich
Kooperationen: Dipl.-Kff. Kristin Schönemann
Förderer: Haushalt; 01.04.2008 - 31.03.2009

Übertragung von Vermögen innerhalb der Familie

Obwohl das Erbschaftsteueraufkommen in Deutschland von untergeordneter Bedeutung ist, stellt die Erbschaftsteuer politisch einen Dauerbrenner dar. Dies liegt wahrscheinlich daran, dass von den jährlich ca. 50 Mrd. Vermögen, die durch Erbschaft oder Schenkung übertragen werden, gemäß Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik nur etwa 16,7 Mrd. als steuerpflichtiger Erwerb veranlagt werden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2006 rund 3,8 Mrd. an Erbschaftsteuer eingenommen, was ca. 0,78 % des gesamten Steueraufkommens (488,4 Mrd.) der BRD entspricht. Legt man die letzte Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik aus dem Jahr 2002 zugrunde, so resultiert das Steueraufkommen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer zu ca. 30 % aus Grundvermögen.

Dieses Projekt widmet sich ... mehr

Projektleiter: PD Dr. Harald Jansen
Projektbearbeiter: Dipl.-Kfm. Maik Dietrich
Kooperationen: Dipl.-Kff. Kristin Schönemann
Förderer: Haushalt; 01.04.2008 - 31.03.2009

Unternehmensnachfolgeentscheidungen

Gemäß den Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn ist in der Zeit von 2005 bis 2009 mit der Übertragung von ca. 354.000 Unternehmen zu rechnen. Ein wesentliches Hemmnis bei der Übertragung eines Unternehmens stellt gemäß einer Studie des Deutschen Industrie und Handelskammertages für 22 % der potentiellen Übernehmer und für 19 % der potentiellen Übergeber die zu erwartende Belastung mit Erbschaft- und Schenkungsteuer dar, was wiederum erhebliche Auswirkungen auf die angestellten Arbeitnehmer haben kann. Diese

Zahlen machen deutlich, warum die Reform der Erbschaftsteuer innerhalb der Politik zu den Dauerbrennern gehört. Mit der Erbschaftsteuerreform 2009 wurden unter anderem die Regelungen zur Besteuerung der Unternehmensnachfolge erneuert. Das Ziel der Bundesregierung bestand laut ... mehr